

# Protokoll des Landesbeirates zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen

Datum: 24.10.2022

Uhrzeit: 15.30 Uhr – 17:35 Uhr

## Teilnehmende

---

### Mitglieder

Sandra Fricke-Kranz, Thies Teegen, Danny Knoop, Marcus Haß, Dr. F. Michael Niemann, Esther Zelenka, Andrea Cornils, Martina Scheel, Fritz Bremer, Janine Kolbig, Petra Jütting, Cortina Bittner, Niels Luithardt, Ursula Kleinert, Andreas Kölln, Gunilla Pugell, Christian Sach, Silke Hass, Karl-Heinz Petersen, Karin Pfeiffer, Kerstin Scheinert, Kai Lehnert, Michaela Pries

### Gäste

Nadine und Ralf vom Projekt Zukunftslotsen, Volker Behlau, Dennis Wegener, Sonja Steinbach, André Delor, Barbara Carstensen, Wiebke Petersen, Ursula Hegger, Lea Hackelberg

## 1. Begrüßung

---

Michaela Pries

Michaela Pries begrüßt die Teilnehmer\*innen der heutigen Sitzung und stellt die Punkte der Tagesordnung kurz vor.

## 2. Vorstellung des Kommunikationsleitfadens für Pflegekräfte vom Deutschen Schwerhörigenbund e.V. (DSB)

---

Karin Pfeiffer

Eine der Autor\*innen des Leitfadens, Karin Pfeiffer, führt heute durch die Präsentation des Leitfadens für eine gelingende Kommunikation zwischen Pflegekräften und hörbeeinträchtigten Patient\*innen/Bewohner\*innen. Ihre Kollegin, Anna-Maria Koolwaay, ist aus gesundheitlichen Gründen an der Mitwirkung verhindert.

Der DSB vertritt die Interessen von hörbeeinträchtigten Personen, das sind in Deutschland 19% der über 14-jährigen Bevölkerung. In Zahlen sind das 13,3 Mio. Menschen. Hinzu kommen 80.000 Menschen, die gehörlos sind.

Im Leitfaden wird dargestellt, was eine Hörschädigung für die Kommunikation bedeutet und auf welche Ziele der Pflegeprozess hinwirken sollte. Dem Pflegeprozess wird das bedürfnisorientierte Pflegemodell nach Monika Krohwinkel zu Grunde gelegt. Die Hörstörung ist bei der Anamnese, dem Assessment, der Planung, der Durchführung und bei der Evaluation der Ausgangspunkt der Betrachtung. Ergänzend werden praktische Beispiele für eine gelingende Kommunikation sowie unbedingt zu berücksichtigende Maßnahmen aufgeführt. Hervorgehoben werden die Unterschiede und Besonderheiten der Kommunikation mit Lautsprache und in Gebärdensprache. Abschließend werden pflegerelevante gesetzliche Grundlagen und Verordnungen angeführt.

Im Dialog mit einem Mitglied wird über den Hintergrund der Fehldiagnose Demenz bei dem tatsächlichen Vorliegen einer Hörbehinderung aufgeklärt. Zu einer solchen Fehldiagnose könne es zum Beispiel aufgrund von Schwierigkeiten mit dem Hörverstehen und dem Arbeitsgedächtnis kommen.

Michaela Pries bedankt sich bei Karin Pfeiffer für den interessanten Einblick und für die Initiative zum Leitfaden, der sehr gut zu Aufklärungsarbeit beitragen könne.

### **3. Beschluss der Geschäftsordnung**

---

Michaela Pries

Die Mitglieder werden um ihre Stimme für oder gegen die im Vorwege versendete Fassung der Geschäftsordnung gebeten. Der Landesbeirat nimmt die Änderung der Geschäftsordnung mit einstimmigem Beschluss ohne Gegenstimmen oder Enthaltungen an.

### **4. Verordnungen zum Landesbehindertengleichstellungsgesetz**

---

Volker Behlau, Dennis Wegener

Volker Behlau, der selbst mit einer hochgradigen Sehbehinderung lebt, und Dennis Wegener aus dem Sozialministerium stellen anstehende Änderungen bzw. Neufassungen von Verordnungen zum geänderten Landesbehindertengleichstellungsgesetz vor. Im Vorfeld der Gesetzesänderung des LBGG habe es einen umfangreichen Beteiligungsprozess gegeben. Zur Kontrolle der Ausführung des Gesetzes werde jetzt neu eine Schlichtungsstelle bei der Landesbeauftragten eingerichtet.

Zum LBGG sind aktuell drei Verordnungsentwürfe in Bearbeitung, zu denen es Anhörungsverfahren für die Mitglieder des Landesbeirates geben wird.

Folgende Informationen wurden dazu gegeben:

1. Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung: Keine inhaltlichen Änderungen, aber Paragraphenverweise müssen an das neue LBGG angepasst werden.
2. Schlichtungsstellenverordnung: Da ein Gerichtsprozess hohe Kosten verursacht, wird eine Schlichtungsstelle eingerichtet. Mit Hilfe der Stelle können Betroffene und Behörden zusammen an einen Tisch kommen und über die jeweilige Problemsituation sprechen. Die Verordnung regelt die Strukturen und Arbeitsweise der Schlichtungsstelle sowie das Verfahren eines Schlichtungsverfahrens.
3. Kommunikationshilfverordnung: Regelt die Kostenübernahme von öffentlichen Stellen für Kommunikationshilfen für Menschen mit einer Hörbehinderung, wie Gebärdensprachdolmetscher\*innen und Schriftsprachdolmetscher\*innen.

Ein Mitglied macht auf die Richtigkeit des Begriffes Gebärdensprachdolmetscher\*innen aufmerksam und erkundigt sich, wie Gehörlose die Schlichtungsstelle kontaktieren können. Laut Volker Behlau soll die Schlichtungsstelle ein niedrigschwellig zugängliches Angebot werden. Michaela Pries weist auf die fachliche Begleitung des Prozesses durch den Landesbeirat hin.

### **5. Pause**

---

16:25-16:45

### **6. Arbeitsplanung des Landesbeirates auf Grundlage der Workshop Ergebnisse**

---

Ursula Hegger

Ursula Hegger stellt die Ergebnisse des Workshops vom 05.10. vor. Während des Workshops wurden die von den Mitgliedern eingebrachten Themen gesammelt und sortiert. Es wurden Überthemen gebildet und diesen die Einzelthemen zugeordnet. Neben umfänglichen Definitionen fächerten sich jeweils spezifische Unterthemen auf. Die Inhalte des Koalitionsvertrags wurden abgleichend herangezogen. Das Thema mit den meisten Nennungen war die Barrierefreiheit. Dahinter wurden die Themen Arbeit und Beschäftigung, gesundheitliche Versorgung sowie die Eingliederungshilfe

herausgearbeitet. Weniger häufig aufgeführte Aspekte waren barrierefreie Notfallpläne vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges, die Umsetzung des Landesaktionsplanes und die kommunalen Wahlen. Partizipation und Bewusstseinsbildung/Haltung wurden als Querschnittsthemen benannt. Die Mitglieder wünschten sich grundsätzlich von der Landesbeauftragten Informationen über den Stand der Umsetzung zu den verschiedenen Themen.

Für die Arbeitsplanung im kommenden Jahr schlägt Michaela Pries vor, die vier großen Themen als Schwerpunktthemen auf die Tagesordnung der ersten vier Sitzungen in 2023 zu setzen und über den aktuellen Stand der Bearbeitung zu informieren. Im Februar würde damit Barrierefreiheit und im April der Themenkomplex Arbeit und Beschäftigung behandelt werden. Im April möchte sich zudem das Deutsche Inklusionszentrum des Instituts für inklusive Bildung vorstellen und den Landesbeirat bei der Konzeption von neuen Ausbildungsgängen für Menschen mit Behinderungen einbeziehen. In der Sitzung im Juni würden die MZEBs und barrierefreie Arztpraxen in den Mittelpunkt gestellt werden. Das Thema Eingliederungshilfe könnte im August besprochen werden.

Nach der Rückfrage eines Gastes weist Frau Hegger darauf hin, dass neben den Schwerpunktthemen in den Sitzungen weitere Themen diskutiert werden können. Jedes Mitglied hat die Möglichkeit, einen Antrag auf Beschäftigung mit einem bestimmten Thema zu stellen. Dafür eignen sich ebenfalls die bestehenden thematisch bezogenen Arbeitsgruppen.

Ein Mitglied bringt die derzeitigen Preissteigerungen und den Personalnotstand zur Sprache. Es bestehe bei vielen Menschen die Sorge um die Sicherstellung der Grundversorgung. In dem Zusammenhang berichten weitere Mitglieder über die spürbaren Auswirkungen in ihrem persönlichen Umfeld. Es bestehe ein Mangel an Dolmetscher\*innen, die Finanzierung des Gehörlosenzentrums sei unsicher und das Kieler Stadtkloster habe die nächtliche ambulante Betreuung in der Pflege eingestellt. Bei dem Rollstuhltaxi gebe es starke Preissteigerungen und ein Mangel an Personal. Menschen, die das Persönliche Budget in Anspruch nehmen, seien ebenfalls von den Problematiken betroffen. Außerdem bestehe in dem Zusammenhang Sorge um die Aufrechterhaltung von Beatmungsgeräten und das dauerhafte Kühlen von bestimmten Medikamenten.

Die Landesbeauftragte betont, dass diese Themen **in ihrer Arbeit** sehr präsent sind. Im neuen Tätigkeitsbericht werden Krisen und ihre Folgen deutlich benannt. Zudem befindet sie sich im engen Austausch mit der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten. Es finden gemeinsame Gespräche über Handlungsmöglichkeiten statt, die die Folgen des Fachkräftemangels abfedern können. Michaela Pries fasst zusammen, dass die Vielzahl kritischer Ereignisse zu einer Verschärfung von Problemlagen führt und sie die Thematiken an geeigneter Stelle einbringen wird. Gerade habe es Gespräche mit dem Ministerpräsidenten zum Infektionsschutz und zu der Maskenverordnung gegeben.

Aus den Reihen der Mitglieder wird vorgeschlagen, die eben aufgeführten Themen am Rande der künftigen Sitzungen zu besprechen, um einen Überblick über die aktuelle Versorgungslage zu erhalten. Es wird beschlossen, den laufenden Tagesordnungspunkt ‚Aktuelles‘ mit diesen Inhalten zu füllen.

Für die Bearbeitung des Themas Pflege wird Henrike Bleck einen Termin für einen fachlichen Austausch und die Sammlung von Fragen im Onlineformat anbieten. Dazu wird sie interessierte Mitglieder gesondert einladen. Angedacht ist, die gesammelten Fragen dann mit dem zugehörigen Fachreferat im Sozialministerium in einer gemeinsamen Veranstaltung zu beraten.

Nach einer Rückfrage berichtet Michaela Pries zum Katastrophen- und Bevölkerungsschutz auf Landesebene, der auch kommunale Verantwortung ist. Bezüglich der Zugänglichkeit von Informationen gibt es eine Rückmeldung aus dem Innenministerium. Die Landesbeauftragte wird in

Zukunft intensiver in die Erstellung von Notfallplänen einbezogen werden. Das Innenministerium stellt dazu bereits Informationen in Leichter Sprache zur Verfügung ([Katastrophenschutz](#)). Druckexemplare kann André Delor vom Inklusionsbüro bei Bedarf zur Verfügung stellen.

Ein Mitglied wünscht sich für die Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex Arbeit und Beschäftigung, dass der Wirtschaftsminister oder Fachpersonal von der IHK eingeladen wird. Die Landesbeauftragte war kürzlich mit dem Wirtschaftsminister Herr Madsen im Gespräch. Herr Madsen hat eine große persönliche Nähe zu dem Thema und weiß um die Befindlichkeiten wie Empfindlichkeiten zwischen den Ministerien und wäre einer Anfrage gegenüber vielleicht aufgeschlossen.

## **7. Verschiedenes**

---

Die Sitzung am 12.12. soll für einen Blick auf das zurückliegende Jahr genutzt werden. Dabei werden insbesondere die stellvertretenden Aktivitäten des Beirats in Gremien auf Landesebene beleuchtet. Wir freuen uns darauf, dass die Sozialministerin Aminata Touré in der Sitzung am 13.2. zwischen 18:15 und 19:00 unsere Gästin sein wird.

Gegen Ende der Sitzung wird eine Nachfrage zum Teilhabegeld gestellt. Es sei ein Antrag auf ein Gehörlosengeld gestellt worden, welches nun als Teilhabegeld diskutiert werde. Es stelle sich die Frage nach den Zielen des Vorhabens und den laufenden Entwicklungen. Die gehörlosen Menschen würden viel Widerstand erfahren und hätten sich daher bessere Möglichkeiten zur Vorbereitung gewünscht, um einen produktiveren Austausch führen zu können. Es bestehe der Wunsch, dass der Angelegenheit in der nächsten Sitzung mehr Zeit eingeräumt wird.

Michaela Pries berichtet, dass es von zwei Parteien Anfragen zu dem Teilhabegeld gibt. Es besteht Unklarheit über den Status des Prozesses und über die Personen, die in die fachliche Entwicklung einbezogen wurden.

Frau Hegger bedankt sich für die Sitzung, schließt diese und wünscht einen schönen Abend.